

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Aufschwung in Deutschland: mehr Schub von der Inlandsnachfrage

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1997) : Aufschwung in Deutschland: mehr Schub von der Inlandsnachfrage, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 382-406

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1697>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

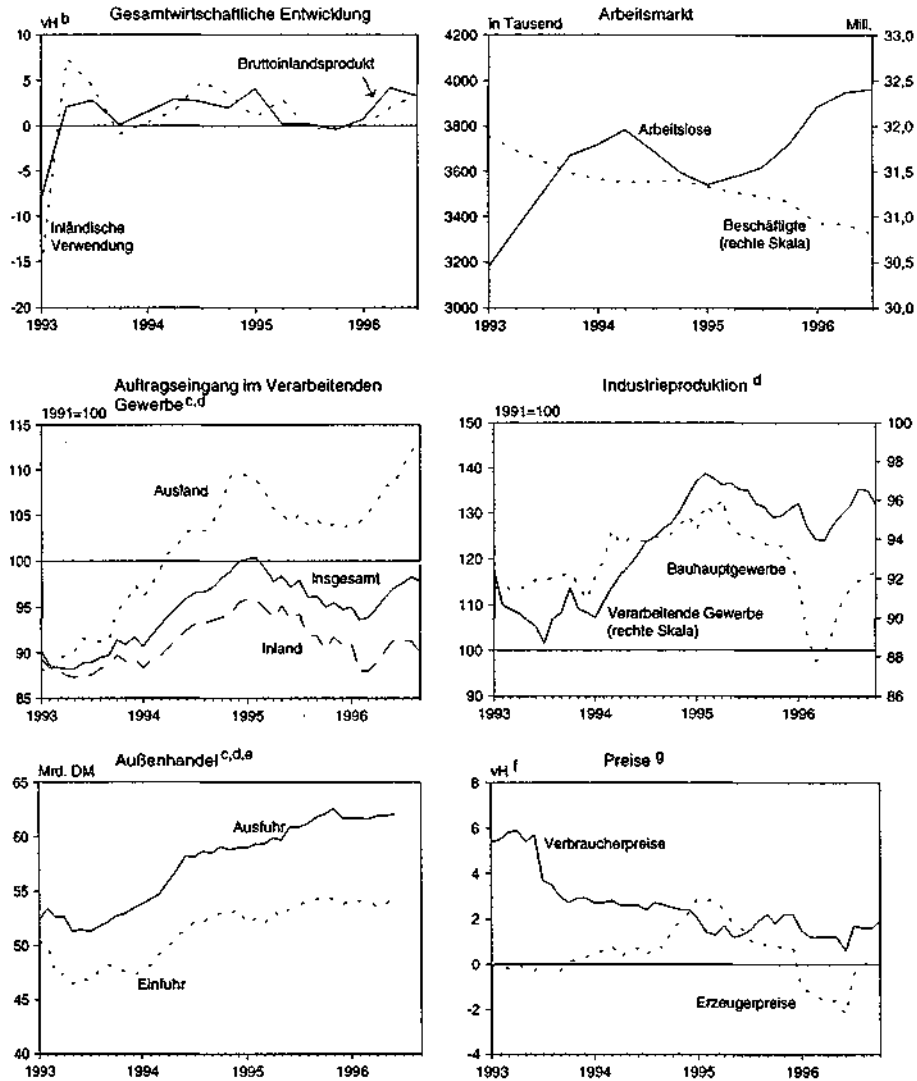
Aufschwung in Deutschland: Mehr Schub von der Inlandsnachfrage

**Von Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Enno Langfeldt,
Susanne Lapp und Klaus-Werner Schatz**

Nach der konjunkturellen Abschwächung im zurückliegenden Jahr nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion 1996 wieder merklich zu (Schaubild 1). Zwar hat sich nach der Jahresmitte das Tempo des Anstiegs etwas abgeflacht, die Auslastung des Produktionspotentials hat sich gleichwohl weiter erhöht. Die konjunkturelle Erholung wird insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe sichtbar. Dabei war zunächst vor allem eine kräftig steigende Auslandsnachfrage die treibende Kraft. Neben der Erholung der Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern war dafür die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen maßgeblich. So hat sich seit dem Herbst vergangenen Jahres der Außenwert der D-Mark deutlich verringert, und die Unternehmen haben die Kosten spürbar gesenkt. Im Vergleich zum längerfristigen Durchschnitt sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten freilich auch Ende 1996 unterausgelastet. Dies hat zum niedrigen Preisauftrieb beigetragen; die jährliche Preissteigerungsrate, gemessen an den Verbraucherpreisen, beträgt derzeit 1,5 vH.

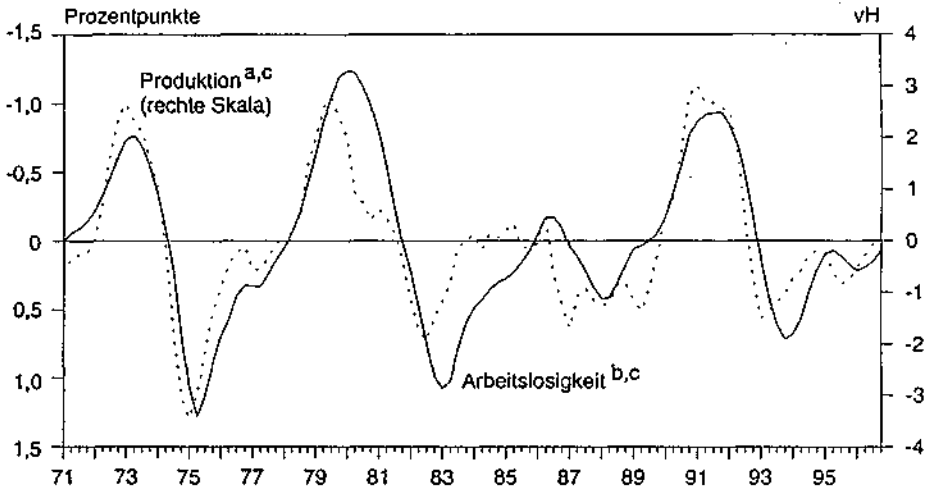
Geht der Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbei?

Trotz der konjunkturellen Belebung stieg im Verlauf des Jahres 1996 die Zahl der Arbeitslosen nochmals und die der Beschäftigten ging weiter zurück. Gleichwohl trifft die Behauptung nicht zu, der Arbeitsmarkt habe sich von der Konjunktur abgekoppelt. Dies läßt sich erkennen, wenn die jeweiligen Abweichungen der Produktion und Arbeitslosigkeit von ihrer trendmäßigen Entwicklung miteinander verglichen werden. Liegt die Produktion unter (über) ihrem Trendwert, so ergibt sich eine negative (positive) Produktionslücke; umgekehrt kann eine Arbeitslosenquote, die niedriger (höher) als ihr Trendwert ist, als positive (negative) Beschäftigungslücke bezeichnet werden. Nach wie vor besteht in Westdeutschland ein enger Zusammenhang zwischen der Produktionslücke und der Beschäftigungslücke (Schaubild 2). Für jeden Prozentpunkt, um den sich die negative Produktionslücke verringert, mit anderen Worten die Kapazitätsauslastung steigt, sinkt die Arbeitslosenquote relativ zu ihrem Trend um etwa einen halben Prozentpunkt. Dabei ist freilich auch in vergangenen Aufschwungsphasen – so beispielsweise Anfang der achtziger Jahre – die Beschäftigung erst etwas zeitverzögert gefolgt. Zu Beginn einer Konjunkturerholung können die Unternehmen mit der vorhandenen oder sogar mit leicht sinkender Zahl an Arbeitskräften die Produktion ausdehnen. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Jahreshälfte von 1996 noch weiter zugenommen hat, obwohl die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung spürbar gestiegen ist, spiegelt dies allerdings auch wider, daß die Arbeitslosenzahl trendmäßig deutlich

Schaubild 1 – Indikatoren^a zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland

^a Saisonbereinigt. - ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vh. - ^c Real. - ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet. - ^g Jahresraten aufgrund von Sondereinflüssen beschränkt aussagefähig; Januar 1996: Wegfall der Strom-Ausgleichsabgabe (Kohlepfennig) in Westdeutschland.

Schaubild 2 – Produktions- und Beschäftigungslücke in Westdeutschland 1971–1996



^a Abweichungen des realen Bruttoinlandsprodukts vom Trend in vH, gleitende 3-Quartalsdurchschnitte. - ^b Abweichung der Arbeitslosenquote (Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen) vom Trend in Prozentpunkten, gleitende 3-Quartalsdurchschnitte, Skala invertiert. - ^c Trend berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott Filters.



aufwärtsgerichtet ist. In den neuen Bundesländern war der Zusammenhang zwischen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in den ersten Jahren nach der Vereinigung wegen der tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft weniger ausgeprägt als im Westen; mit dem größer werdenden Einfluß der konjunkturellen Entwicklung wird er jedoch allmählich enger.

Die von uns erwartete Belebung der Konjunktur bedeutet keine Entwarnung bezüglich der hohen Arbeitslosigkeit. Selbst in dem ausgeprägten Boom von 1991 war die Arbeitslosenquote lediglich um rund einen Prozentpunkt niedriger als bei Normalauslastung der Kapazitäten; verglichen mit dem konjunkturellen Tiefpunkt im Jahr 1982 war sie in Westdeutschland um reichlich 2 Prozentpunkte geringer. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenquote im Trend gestiegen ist; bei Normalauslastung der Kapazitäten ist sie gegenwärtig um rund 2,5 Prozentpunkte höher als zu Beginn der achtziger Jahre. Mit einer Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und mit einer höheren Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten läßt sich somit das Arbeitsmarktproblem in Deutschland nicht lösen. Vielmehr muß das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential kräftiger wachsen. Voraussetzung dafür sind entsprechende Gewinnaussichten. Aber dies allein ist nicht hinreichend, weil das Investieren und die Ausweitung der Sachanlagen mit dem Schaffen weniger zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden sind, wenn die Lohnkosten keine Rendite aus

Beschäftigung von Arbeitskräften versprechen. Die Entwicklung in der ostdeutschen Wirtschaft belegt dies sehr eindrucksvoll. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland insgesamt hat, trotz umfangreicher Förderungen in den neuen Bundesländern, seit Beginn des Aufschwungs im Jahr 1993 – anders als in vergleichbaren Industrieländern – kaum zugenommen. Auch sind die Lohnkosten in den letzten Jahren deutlich gestiegen, obwohl die Preiserhöhungsspielräume für die Unternehmen eng begrenzt waren.

Rahmenbedingungen für die Konjunktur bleiben günstig

Die konjunkturelle Erholung in der Weltwirtschaft wird sich 1997 festigen (Gern et al. 1996). Die mit deutschen Außenhandelsanteilen gewichtete Industrieproduktion im Ausland wird im Verlauf des kommenden Jahres kräftig expandieren (Tabelle 1). Bezüglich der Wechselkurse rechnen wir mit einer leichten Höherbewertung des Dollar gegenüber der D-Mark. Ferner wird angenommen, daß – gemessen an dem derzeitigen Stand – die Paritäten im Europäischen Währungssystem 1997 stabil bleiben. Der effektive reale Außenwert der D-Mark dürfte sich gegenüber 1996 leicht zurückbilden. Bei den Rohstoffpreisen wird es zu einem moderaten Anstieg kommen.

Die Bundesbank hat im Verlauf des Jahres 1996 ihre Leitzinsen weiter gesenkt; in der Folge ermäßigten sich die Geldmarktzinsen um knapp einen Prozentpunkt auf reichlich 3%. Die Kapitalmarktzinsen verringerten sich zwar in einem etwas geringeren Ausmaß, mit rund 5% erreichte die Umlaufrendite jedoch Anfang Dezember 1996 ebenfalls ein sehr niedriges Niveau. Die Zins-

Tabelle 1 – Annahmen der Konjunkturprognose 1996–1997

	1996				1997			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Geldmenge M1 ^a	18,0	8,8	7,8	8,2	7,0	7,0	6,0	6,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld (%)	3,4	3,3	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,4
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere (%)	5,6	5,8	5,7	5,2	5,2	5,4	5,6	5,8
Tariflohnindex ^{b,c}	4,3	2,9	2,2	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0
DM/\$	1,47	1,52	1,50	1,52	1,56	1,56	1,56	1,56
Realer Außenwert der D-Mark ^d	99,8	97,6	98,3	97,7	97,5	97,3	97,3	97,3
Industrieproduktion im Ausland ^{a,c}	-1,8	2,5	5,7	1,2	4,0	4,0	3,5	3,0

^a Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Auf Stundenbasis. – ^d Gewogener Außenwert der D-Mark gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (1972 = 100). – ^e In 18 Industrieländern gewichtet mit den Anteilen am deutschen Außenhandel.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996 a), Deutsche Bundesbank (1996 a), eigene Schätzung und Prognose.

struktur blieb bis zuletzt ausgeprägt positiv. Sowohl die Geldmenge M1 als auch die Geldmenge M3 haben in diesem Jahr rasch expandiert; bei dem stark gesunkenen Zinsniveau hat das Kursrisiko längerfristiger Anlagen zugenommen, entsprechend bevorzugen die Anleger kurzfristige Anlageformen ohne Kursrisiko. Unter dem Eindruck des anhaltend kräftigen Geldmengenwachstums und der Konjunkturbelebung wird die Bundesbank ihre Zinsen wohl nicht mehr senken. Angesichts niedriger Inflationsraten ist freilich zunächst auch nicht mit einer Zinserhöhung zu rechnen. Erst gegen Ende 1997, wenn die Kapazitäten wieder normal ausgelastet sind, wird die Bundesbank nach unserer Einschätzung die Zinsen leicht anheben. Insgesamt werden 1997 weiterhin deutlich anregende Wirkungen von der Geldpolitik auf die Binnennachfrage ausgehen.

Der Tariflohnanstieg in den alten Bundesländern ist im Jahr 1996 mit 2,5 vH deutlich niedriger als 1995 (4,2 vH) ausgefallen; die Neuabschlüsse blieben mit knapp 2 vH sogar noch etwas geringer. In den neuen Bundesländern lagen die Tariflohnsteigerungen angesichts der fortgesetzten Angleichung der Löhne an das Niveau im Westen mit rund 5 vH abermals deutlich über denen in den alten Bundesländern, obwohl sich die Produktivitätszuwächse inzwischen stark angenähert haben. In Ostdeutschland sind immer mehr Unternehmen dazu übergegangen, Löhne unter Tarif zu zahlen; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen hat sich im zurückliegenden Jahr gleichwohl nochmals verschlechtert. In Deutschland insgesamt waren die Lohnstückkosten 1996 kaum höher als im Vorjahr.

Für das kommende Jahr zeichnen sich Lohnanhebungen ab, die unter den Abschlüssen für dieses Jahr liegen. Dies signalisieren erste Abschlüsse auf regionaler Basis in der Metall- und in der Kautschukindustrie, die auch für die übrigen Bereiche Pilotfunktion haben dürften.¹ Nach den überaus kräftigen Tarifloohnerhöhungen in den zurückliegenden Jahren werden die Tariflohnsteigerungen in Westdeutschland im großen und ganzen nur einen Ausgleich für die zu erwartenden Preissteigerungen beinhalten. In der Metallindustrie sind bereits jetzt für das Jahr 1998 vergleichsweise moderate Tariflohnanhebungen fixiert worden. Dies gibt den Unternehmen eine sichere Kalkulationsgrundlage und wird sich insgesamt wohl positiv auf das Einstellungsverhalten der Unternehmen auswirken. Belastend ist dagegen die Zunahme der Arbeitskosten durch die spürbare Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu Beginn des Jahres 1997. Insgesamt dürften bei sich weiter bessernder Konjunktur die Lohnstückkosten konstant bleiben. Die sich belebende Nachfrage gibt den Unternehmen die

¹ Der Abschluß für die niedersächsische Metallindustrie sieht vor, daß die Löhne in 1997 nach drei Nullmonaten ab April um 1,5 vH angehoben werden. Zwölf Monate später erfolgt dann eine Anhebung um 2,5 vH. Gleichzeitig wurde die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vereinbart. Die Berechnung erfolgt jedoch nunmehr auf der Grundlage des normalen Lohns (ohne Überstunden und Zuschläge). Erstmals erhalten Arbeitnehmer, die länger als sechs Wochen krank sind, für drei Monate einen Zuschlag auf das Krankengeld. Im Gegenzug wird das Weihnachtsgeld von derzeit 60 auf 55 vH abgesenkt. In der Kautschukindustrie wurde eine Anhebung der Tariflöhne um 1,7 vH vereinbart. Für jeden der ersten zehn Krankheitstage erfolgt ein Abzug von 35 DM von den tariflichen Sonderleistungen.

Tabelle 2 – Auswirkungen wichtiger finanzpolitischer Maßnahmen auf die öffentlichen Haushalte im Jahr 1997 – Mrd. DM

Ausgabenkürzungen	
Transfers	
Altersrenten	0,4
Krankengeld	1,9
Leistungen der Arbeitslosenversicherung	2,7
Sonstige (z. B. Sozialhilfe)	1,0
Zusammen	6,0
Personal- und Sachaufwendungen der Sozialversicherung	
Rehabilitationsleistungen der Rentenversicherung	2,3
Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	4,3
Verwaltungskosten der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung	1,1
Zusammen	7,7
Personal- und Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften	
Insgesamt	17,7
Steuersenkungen und -erhöhungen	
Abschaffung der Vermögensteuer	-8,6
Reform der Erbschaftsteuer ^a	4,2
Erhöhung der Grunderwerbsteuer	5,1
Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages	-3,8
Abschaffung der Gewerbesteuer ^b	-3,5
Sonstige Maßnahmen	0,8
Insgesamt	-5,8
Änderungen des Beitragsaufkommens	
Rentenversicherung (Beitragssatzanhebung)	16,4
Pflegeversicherung (Beitragssatzerhöhung am 1. Juli 1996)	5,8
Krankenversicherung (Beitragssatzsenkung)	-0,5
Sonstige Maßnahmen	1,2
Insgesamt	22,9

^a Einschließlich der Nachwirkung für das Jahr 1996. – ^b Noch nicht beschlossen.

Quelle: Gesetzentwürfe, eigene Schätzung.

Möglichkeit, die Preise leicht zu erhöhen. Es ist zu erwarten, daß die Unternehmen bei rascher steigenden Gewinnen die Zahl ihrer Beschäftigten in der zweiten Jahreshälfte von 1997 wieder etwas erhöhen.

Der Kurs der Finanzpolitik für das Jahr 1997 liegt im wesentlichen fest (Tabelle 2). Die Ausgaben des Staates werden insbesondere bei der Sozialversicherung gekürzt; sie dürften freilich trotzdem im Jahr 1997 rund 2 vH höher sein als im Jahr 1996. Die Steuern werden per saldo geringfügig gesenkt, insbesondere wird die Vermögensteuer abgeschafft. Die Belastung durch die Beiträge zur Sozialversicherung wird dagegen drastisch erhöht. Der Beitragssatz in der Rentenversicherung wird von 19,2 auf 20,3 vH des Bruttolohns angehoben. Der (durchschnittliche) Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte im Jahr 1997 – angesichts des Anstiegs im Verlauf des Jahres 1996 – trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Senkung um 0,4 Prozentpunkte im Januar 1997

wohl nur geringfügig niedriger sein als im Jahr 1996 (13,6 vH). Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird – nach der Erhöhung zum 1. Juli 1996 auf 1,7 vH des Bruttolohns – im Jahresdurchschnitt 1997 um 0,35 Prozentpunkte höher sein als 1996. Die aus der Anhebung der Beitragssätze insgesamt im Jahr 1997 resultierenden Belastungen sind viermal so groß wie die erwarteten steuerlichen Entlastungen (6 Mrd. DM). Per saldo wird das strukturelle Defizit des Staates – das ist jener Teil des Budgetdefizits, der bei Normalauslastung der Produktionskapazitäten besteht – im nächsten Jahr um rund 18 Mrd. DM verringert (zur Berechnung vergleiche Boss 1996); in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 0,5 vH. Erfahrungsgemäß ist der dämpfende Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage allenfalls halb so hoch (Boss et al. 1996).

Ausweitung des privaten Verbrauchs weiter moderat

Das Anstiegstempo des privaten Verbrauchs war in der ersten Jahreshälfte ausgesprochen rege, im weiteren Verlauf war dagegen nur noch ein geringer Zuwachs zu verzeichnen. Maßgeblich dafür war, daß die privaten Haushalte zu Jahresbeginn zwar durch höhere Rentenversicherungsbeiträge belastet, durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums, die Aufstockung des Kindergeldes sowie die Abschaffung des „Kohlepfennigs“ aber in größerem Umfang entlastet wurden. Danach flachten sich die Einkommenszuwächse der Haushalte stark ab. Die Tariflöhne und die Renten wurden nur wenig erhöht. Hinzu kam, daß zur Jahresmitte der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben wurde. Im Jahresdurchschnitt dürfte der private Verbrauch das Vorjahresniveau um 1,7 vH übertroffen haben, die Zuwachsrate war damit wohl ähnlich groß wie im Vorjahr (1,8 vH).

Die Konsolidierungsbemühungen des Staates werden 1997 den Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte spürbar dämpfen. So wird zu Jahresbeginn der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung kräftig angehoben. Die dadurch bewirkten Einkommensausfälle werden durch die Erhöhung des Kindergeldes und die Abschaffung der Vermögensteuer nur zum Teil kompensiert. Die staatlichen Einkommensübertragungen werden infolge der Sparmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächt zunehmen. Die Tariflöhne werden mit einem Zuwachs von 2 vH etwas langsamer als in diesem Jahr steigen. Infolge der konjunkturellen Belebung wird die Zahl der Beschäftigten – anders als 1996 – kaum noch zurückgehen. Deutlich rascher als in diesem Jahr werden die Gewinne und die Vermögenseinkommen steigen. Insgesamt werden bei nahezu unverändert niedrigem Preisauftrieb die real verfügbaren Einkommen der Haushalte 1997 wie bereits im Vorjahr um rund 1,5 vH zunehmen. Bei weitgehend konstanter Sparneigung ergibt sich ein Zuwachs des privaten Verbrauchs in gleicher Höhe.

Spürbare Erholung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben seit Beginn des Jahres 1996 in der Grundtendenz leicht zugenommen. Im Durchschnitt des Jahres werden sie ihr Vorjahresniveau um etwa 2 vH übertreffen. Damit deutet sich ein Ende der Investitionsschwäche an, welche die Konjunkturerholung seit 1993 prägte.

Vom Institut für Weltwirtschaft und anderen ist die These vertreten worden, die Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen seit 1993 sei auch als eine Normalisierung nach dem Boom in Folge der deutschen Einheit zu betrachten (Boss et al. 1996). Dieser Sicht ist widersprochen worden (Sachverständigenrat 1996 Ziffer 60 ff.). So sei eine ungewöhnlich hohe Investitionsquote im Zuge der Vereinigung in wichtigen exportorientierten Branchen nicht festzustellen. Diese Kritik übersieht, daß die Ausrüstungs- und auch die Unternehmensinvestitionen insgesamt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gerade im Zuge der deutschen Einheit Anfang der neunziger Jahre ein historisch hohes Niveau erreichten. Die Tatsache, daß dies für manche exportorientierten Branchen nicht gilt, spiegelt zum einen wider, daß die D-Mark im fraglichen Zeitraum z. T. kräftig aufwertete; zum anderen flachte sich der Produktionsanstieg in wichtigen Handelspartnerländern bereits deutlich ab bzw. war sogar rückläufig. Bei der Kritik bleibt zudem offen, weshalb es trotz eines ähnlichen konjunkturellen Verlaufs bis zum Beginn der neunziger Jahre nur in Deutschland und nicht in anderen westeuropäischen Ländern zu einem ausgeprägten Investitionsboom kam. Diese Länder wiesen auch keine ungewöhnlich schwache Investitionstätigkeit in den Jahren seit der Rezession 1993 auf (Lapp et al. 1996).

Es wird alternativ versucht (Sachverständigenrat 1996), die nur geringe Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen durch den Verweis auf die gesamtwirtschaftliche Gewinn-Erlös-Relation bzw. die diesem Konzept entsprechende Kapitalrendite zu erklären. Doch ist danach der Investitionsanreiz im Durchschnitt der neunziger Jahre sogar deutlich größer gewesen als in den achtziger Jahren. Zudem hat er sich seit der Rezession 1993 spürbar verbessert. Somit kann die verhaltene Investitionsentwicklung in den letzten Jahren auf diese Weise nicht erklärt werden. Maßgeblich für diese ist vielmehr, daß die Produktionsunternehmen, also jene, welche die Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen prägen, nach dem Einheitsboom zu Beginn der neunziger Jahre deutlich weniger günstige Ertragsverhältnisse hatten, als dies in der Gesamtwirtschaft der Fall war. Dies belegt die Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank (Deutsche Bundesbank 1996 b). Im Zuge des mit der deutschen Einheit verbundenen Nachfragebooms sind in großem Umfang Kapazitäten geschaffen worden, die sich in der Folgezeit nicht rentabel auslasten ließen.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind die Ausgaben für Ausrüstungen in Deutschland nun auf ein Niveau gesunken, welches dem westdeutschen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre entspricht. Nachdem die Normalisierung der Investitionsquote damit wohl erfolgt ist, gewinnen konjunkturelle Bedingungen wieder ein größeres Gewicht. Diese sind gegenwärtig günstig. Die Nachfrage hat sich merklich belebt: Seit Beginn des Jahres sind die Auftragseingänge aus dem Ausland gestiegen. Die Bestellungen aus dem Inland nehmen seit dem

Frühjahr zu. In der Folge erhöhte sich die Auslastung bestehender Kapazitäten in der Industrie. Die langfristigen Zinsen sind niedrig. Verglichen damit ist die Sachkapitalrendite nach unserem Urteil attraktiver geworden. Mehr Firmen als zuvor gaben bei Befragungen an, die Investitionen im nächsten Jahr ausweiten zu wollen (DIHT 1996).

Auch haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen spürbar aufgehellt. Diese Größe ist erfahrungsgemäß ein guter Indikator für die Investitionsneigung. Zudem hat sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung gefestigt. Die Unsicherheit der Investoren hat sich damit reduziert. Dazu trägt auch bei, daß jüngst Lohnabschlüsse mit langer Laufzeit vereinbart wurden. Es gibt gegenwärtig kaum Gründe, Investitionen aufzuschieben. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen wird sich somit beschleunigen. Im Durchschnitt des Jahres 1997 dürften sie ihr Vorjahresniveau um rund 5 vH übertreffen.

Rückgang der Bauinvestitionen geht zu Ende

Die Bauinvestitionen haben in Deutschland nach dem überwiegend witterungsbedingten Einbruch im ersten Quartal des Jahres wieder merklich zugenommen. Sie waren zuletzt höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Maßgeblich für den Anstieg war eine besonders lebhaft Zunahme des Wohnungsbaus in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland und in anderen Bausparten zeigte sich eine leichte Erholung.

Die Wohnungsbauinvestitionen in Westdeutschland werden sich 1997 leicht erholen. Die wichtigsten konjunkturellen Rahmenbedingungen haben sich verbessert. Die Hypothekenzinsen sind ungewöhnlich niedrig, die Mieten nehmen noch zu, wogegen die Baukosten stagnieren oder sogar leicht sinken. Die real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigen. Aus diesem Grund wird sich besonders der Eigenheimbau weiter beleben. Dagegen ist der frei finanzierte Geschoßwohnungsbau für Investoren deutlich weniger attraktiv geworden. So hat der Boom der letzten Jahre zu einem hohen Wohnungsbestand je Kopf der Bevölkerung geführt. Die steuerliche Förderung des Wohnungsbau ist zum Jahresbeginn 1995 spürbar eingeschränkt worden.

Die Wohnungsbauinvestitionen in Ostdeutschland werden wohl zu Beginn des nächsten Jahres sinken. Maßgeblich hierfür ist, daß die bisher bestehenden steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt werden. Es ist jedoch nicht klar, in welchem Umfang Baumaßnahmen aus diesem Grunde noch in das laufende Jahr vorgezogen worden sind.² Die bisher vorliegenden Daten sprechen dafür, daß in geringerem Maße als bisher angenommen wurde, Bauten noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. Über den Vorzieheffekt hinaus werden häufig für den weiteren Verlauf des Jahres 1997 drastisch verrin-

² Bisher war allgemein davon ausgegangen worden, die Projekte müßten bis Ende 1996 angeschafft und fertiggestellt werden. Im Gesetzesvollzug hat sich aber wohl die Praxis durchgesetzt, daß bei hinreichend hohen Anzahlungen das Projekt auch noch im nächsten Jahr fertiggestellt werden kann. Der Anreiz, noch in diesem Jahr massiv zu investieren, wird von daher gemindert (vgl. dazu Bartholmai 1996 Fußnote 4).

gerte Wohnungsbauausgaben in Ostdeutschland prognostiziert. Dies wird mit der Tatsache begründet, daß die Investitionen pro Kopf in den neuen Ländern weit höher sind als in Westdeutschland. Doch muß auch beachtet werden, daß der durch die Investitionen entstandene Wohnungsbestand nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes noch recht gering ist. Pro Kopf ist er in Ostdeutschland weiter deutlich niedriger als im Westen, auch wenn man die unterschiedliche Höhe des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner berücksichtigt. Geht man davon aus, daß sich die Präferenzen der Haushalte in beiden Landesteilen nicht wesentlich voneinander unterscheiden, so werden die Investitionen in Relation zur Bevölkerung in Ostdeutschland noch geraume Zeit höher bleiben als im Westen, bis eine – im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen – vergleichbare Ausstattung mit Wohnungen erreicht ist. Alles in allem ist damit zu rechnen, daß die Wohnungsbauinvestitionen in Ostdeutschland nach der Dämpfung zu Jahresbeginn nur in geringem Maße sinken werden.

Zur Begründung für die Erwartung, der gesamtdeutsche Wohnungsbau werde auch 1997 massiv eingeschränkt, wird häufig auf die laufenden Indikatoren verwiesen. Doch zeichnen diese gegenwärtig kein eindeutiges Bild der künftigen Entwicklung: Die erteilten Baugenehmigungen nahmen Mitte des Jahres wieder leicht ab, zuvor waren sie jedoch merklich gestiegen. Dagegen ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe seit Jahresbeginn deutlich aufwärtsgerichtet. Auch ist der Vorlauf der Zeitreihen vor der Bautätigkeit ohnehin nur gering, deshalb sollte sich die Prognose auf die oben geschilderten, wieder etwas günstigeren konjunkturellen Rahmenbedingungen stützen. Der Wohnungsbau wird im Durchschnitt des Jahres 1997 nur geringfügig niedriger sein als im Vorjahr.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden erst gegen Ende des Prognosezeitraums wieder spürbar steigen, obwohl sich wichtige Rahmenbedingungen bereits seit geraumer Zeit gebessert haben. Maßgeblich hierfür ist die zunächst noch geringe Auslastung bestehender Kapazitäten, die bauintensive Erweiterungsinvestitionen nicht vordringlich erscheinen läßt. Für Ostdeutschland kommt hinzu, daß der Bestand an Nicht-Wohnbauten in Relation zu Westdeutschland bereits ein beachtliches Niveau erreicht hat. In manchen Bereichen ist es zu nicht unerheblichen Überkapazitäten gekommen. Die staatlichen Bauinvestitionen werden angesichts der anhaltenden Sparsbemühungen der öffentlichen Haushalte auch nächstes Jahr erneut, wenn auch in deutlich geringerem Tempo als bisher, zurückgeführt werden.

Für das Baugewerbe sind nunmehr Mindestlöhne für ausländische Arbeitnehmer beschlossen worden. Dies wird wegen der großen Bedeutung der Lohnkosten in der Bauwirtschaft auf eine Erhöhung der Baupreise hinwirken und so den Anreiz für zusätzliche Bauinvestitionen mindern. Angesichts des wohl beträchtlichen Überangebots auf dem Baumarkt, des scharfen Wettbewerbs auch durch ausländische Unternehmen und der Konkurrenz durch die Schattenwirtschaft ist es jedoch wahrscheinlich, daß die betroffenen Firmen die gestiegenen Kosten zunächst nur zu einem geringen Teil in höhere Preise überwälzen können. Statt dessen werden mehr Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und der Abbau von Arbeitsplätzen wird sich beschleunigen.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 1997 um rund 1 vH höher sein als im Vorjahr. Sie werden damit wiederum keinen Beitrag zur Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion leisten.

Exporte im Aufwind

Nachdem die deutschen Lieferungen ins Ausland in der ersten Hälfte dieses Jahres nur sehr zögerlich zugenommen hatten, hat sich ihr Anstieg seit dem Sommer spürbar beschleunigt. Maßgeblich hierfür war die deutliche Belebung der industriellen Produktion in den wichtigsten Handelspartnerländern. Diese spiegelt sich auch in den Bestellungen des Auslands im Verarbeitenden Gewerbe wider. So legten die Auftragseingänge aus dem Ausland, die bereits seit dem Jahresende 1995 aufwärtsgerichtet sind, im dritten Quartal dieses Jahres deutlich an Tempo zu und übertrafen ihr Niveau im Vorquartal um etwa 5 vH. Gegenüber dem Niveau im Vorjahresquartal entspricht dies einem Zuwachs um rund 8 vH. Insbesondere in den europäischen Ländern, welche die wichtigsten ausländischen Absatzmärkte deutscher Produkte sind, kräftigte sich die Konjunktur spürbar. Aber auch in den Vereinigten Staaten setzte sich die wirtschaftliche Expansion fort, wenngleich das Tempo zuletzt etwas nachließ. In Japan nahm die Industrieproduktion im bisherigen Verlauf dieses Jahres nur schwach zu. In den südostasiatischen Ländern hat das Wirtschaftswachstum zwar bereits seit einiger Zeit etwas an Tempo verloren, doch sind die Wachstumsraten im internationalen Vergleich noch immer hoch. In den mittelosteuropäischen Reformländern wurde die wirtschaftliche Aktivität anhaltend kräftig ausgeweitet, dies betrifft insbesondere die im Reformprozeß recht weit fortgeschrittenen Länder (Visegrad-Staaten). Mit der anziehenden Auslandskonjunktur haben sich die deutschen Investitionsgüterlieferungen wieder spürbar belebt, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte stagniert hatten. Auch die Lieferungen von Vorerzeugnissen wurden zuletzt beschleunigt ausgeweitet. Im Vergleich dazu verliefen die Konsumgüterexporte bisher gedämpft.

Die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Ausfuhren sind günstig. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Ländern Westeuropas wird im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums anhalten. Dabei ist erst für den späteren Verlauf des kommenden Jahres mit einer leichten Abflachung der Expansionsraten zu rechnen. In den Vereinigten Staaten wird sich das moderate Wirtschaftswachstum fortsetzen. In Japan dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte im Verlauf des kommenden Jahres nach und nach die Oberhand gewinnen, und in den Ländern Südostasiens wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl in dem zuletzt erreichten, nicht mehr ganz so hohen, Tempo weiter steigen. Die Nachfrage aus den mittelosteuropäischen Reformstaaten wird fortgesetzt kräftig zunehmen. Bei den Lieferungen in diese Länder spielt neben der wachstumsbedingten Absorptionsfähigkeit ihrer Märkte auch der Veredelungsverkehr eine Rolle, bei dem deutsche Unternehmen Produkte zur kostengünstigen Weiterverarbeitung in die mittelosteuropäischen Länder liefern und die veredelten Waren anschließend importieren. Auch die im Transformationsprozeß weniger

weit fortgeschrittenen Länder Ost- und Südosteuropas dürften im Zuge einer allmählichen Erholung ihrer Wirtschaft mehr und mehr Waren einführen.

Von diesem insgesamt günstigen konjunkturellen Umfeld werden die heimischen Anbieter angesichts ihrer wieder verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitieren. So hat sich der Außenwert der D-Mark, der in der ersten Hälfte des Jahres 1995 deutlich stieg, mittlerweile wieder zurückgebildet, und die Ausfuhrpreise blieben in diesem Jahr stabil. Für den Prognosezeitraum erwarten wir keine durchgreifende Änderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Die D-Mark dürfte sich gegenüber dem US-Dollar wohl leicht abwerten, vis-à-vis den europäischen Währungen sind keine nennenswerten Verschiebungen der Wechselkurse unterstellt. Auch von der Kostenseite sind keine Belastungen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten, insbesondere werden bei spürbarer Ausweitung der Produktion und moderaten Lohnsteigerungen die Lohnstückkosten im Prognosezeitraum konstant bleiben.

Im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung wird in den wichtigsten Handelspartnerländern die Investitionstätigkeit merklich ausgeweitet. Dies wird den deutschen Export von Investitionsgütern beleben, auf den im zurückliegenden Jahr rund 57 vH des gesamten deutschen Warenexports entfielen. Auch der private Verbrauch im Ausland wird wohl etwas rascher expandieren als bislang, und somit werden die Exporte von Konsumgütern steigen.

Bei den genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Ausfuhr aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr im Jahresdurchschnitt 1996 wohl nur um real knapp 4,5 vH zunehmen. Im kommenden Jahr wird der Anstieg dann bei reichlich 6,5 vH liegen und sich damit der von uns erwarteten Expansionsrate des Welthandels von rund 8 vH annähern.

Die Ausfuhrpreise werden im Prognosezeitraum nur leicht anziehen. Zwar eröffnet die bisher erfolgte Abwertung der D-Mark Preiserhöhungsspielräume. Doch wird der Preisanstieg im Ausland – er hat empirischen Untersuchungen zufolge einen recht großen Einfluß auf die deutschen Exportpreise (Fischer 1996) – zumeist recht gering sein, so daß sich allenfalls leichte Preisanhebungen durchsetzen lassen werden. Im Durchschnitt dieses Jahres werden die Exportpreise wohl nur um knapp 0,5 vH steigen. Im Jahr 1997 dürfte sich der Preisauftrieb auf 1 vH belaufen.

Die deutsche Einfuhr, die infolge der schwach expandierenden Inlandsnachfrage im Verlauf des ersten Halbjahres 1996 nur wenig zunahm, hat sich seither noch nicht durchgreifend erholt. Bemerkenswert ist jedoch, daß dabei die Bezüge aus den mittelosteuropäischen Reformländern, die sich im Winterhalbjahr vorübergehend spürbar abgeflacht hatten, seit dem Frühjahr ihre seit nunmehr drei Jahren aufwärtsgerichtete Entwicklung fortsetzten. Darin spiegelt sich wohl vor allem der Import weiterverarbeiteter Produkte im Rahmen des Lohnveredelungsverkehrs wider. Eine merkliche Belebung der Einfuhren dürfte erst im Winterhalbjahr 1996/97 einsetzen. Im Verlauf des kommenden Jahres wird das Tempo dann merklich zulegen. Zwar werden die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben vorerst nur moderat steigern. Doch werden die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit im nächsten Jahr wohl deutlich ausweiten. Hinzu kommt, daß auch von der Belebung der Exporttätigkeit Impulse auf die Einfuhr-

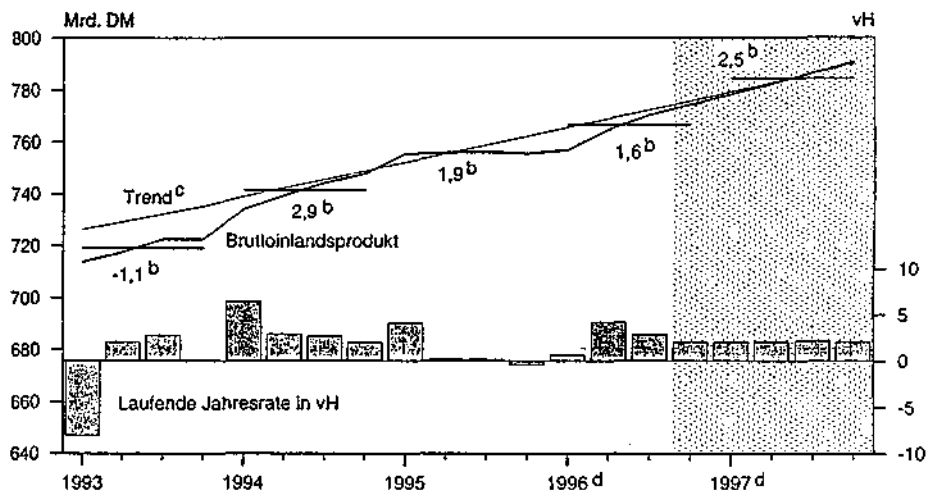
ren ausgehen dürften. Insgesamt werden die Importe, insbesondere von Investitions- und Konsumgütern, aber auch von Rohstoffen und Vorerzeugnissen, merklich anziehen. In diesem Jahr werden die Einfuhren alles in allem wohl nur um 1,5 vH zunehmen, im kommenden Jahr dürfte die Zuwachsrate rund 5 vH betragen.

Die Einfuhrpreise, die in den ersten Monaten des Jahres 1996 infolge der gestiegenen Ölnotierungen merklich zugenommen hatten, bildeten sich zwischenzeitlich wieder zurück; für den Prognosezeitraum ist mit einer nur moderaten Erhöhung zu rechnen. So werden mit der Erholung der Weltkonjunktur die Rohstoffpreise im Verlauf des nächsten Jahres zwar etwas anziehen. Doch bleibt der Anstieg der Preise industriell erzeugter Produkte – insbesondere derjenigen von Investitionsgütern – nicht zuletzt als Folge des intensiven Wettbewerbs auf dem Weltmarkt gedämpft. Hinzu kommt, daß importkonkurrierende Güter im Inland nur wenig teurer werden; die Preiserhöhungsspielräume ausländischer Anbieter werden dadurch begrenzt. Insgesamt dürften die Einfuhrpreise ihr Vorjahresniveau im Durchschnitt dieses Jahres um rund 1 vH überschreiten, im kommenden Jahr werden sie um knapp 2 vH zulegen.

Ausblick: Produktionsbelegung setzt sich fort

Bei weiterhin günstigen Rahmenbedingungen von seiten der Geld- und Lohnpolitik sowie anhaltend kräftiger Nachfrage aus dem Ausland wird sich trotz der leicht dämpfenden Fiskalpolitik die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft im kommenden Jahr fortsetzen. Die konjunkturelle Dynamik wird jedoch eher verhalten sein; wir rechnen damit, daß die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Verlauf des Jahres 1997 leicht zunimmt und gegen Ende des Jahres wieder ihr Normalniveau erreicht (Schaubild 3). Alles in allem wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 im Jahresdurchschnitt um 2,5 vH erhöhen, nach 1,6 vH in diesem Jahr (Tabelle 3). Dabei wird die Binnen- nachfrage deutlich rascher ausgeweitet werden als 1996 (Tabelle 4). Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden im kommenden Jahr an Fahrt gewinnen (Tabelle 5). Betrachtet man die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts, ist 1997 für das Verarbeitende Gewerbe mit einer spürbaren Zunahme der Produktion zu rechnen, im Baugewerbe dürfte lediglich der Rückgang beendet werden.

Wie schon in diesem Jahr wird die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland auch 1997 nur wenig höher sein als in Westdeutschland (Tabelle 6). Der Aufholprozeß wird somit kaum vorankommen. Dazu trägt die geringere Produktion in der Bauwirtschaft bei, die in den neuen Bundesländern ein wesentlich größeres Gewicht als in den alten hat. Für die unbefriedigende Entwicklung ist vor allem von Bedeutung, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands nach wie vor unzureichend ist; so ist ihr Anteil an der gesamten Wertschöpfung in den neuen Bundesländern rund fünf Prozentpunkte niedriger als in den alten; er wird 1997 nur wenig steigen.

Schaubild 3 – Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland 1993–1997

^a Saison- und arbeitstägig bereinigt, in Preisen von 1991, in Mrd. DM (linke Skala) bzw. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala). - ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ^c Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott Filters. - ^d Prognose.



Weiterhin niedrige Preissteigerungen

Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im Verlauf des Jahres 1996 in der Grundtendenz in ausgesprochen ruhigen Bahnen, sieht man von dem preisdämpfenden Effekt der Abschaffung des Kohlepennings zu Beginn von 1996 ab. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte stagnierten, die Zunahme der Verbraucherpreise blieb mit einer laufenden Jahresrate von rund 1,5 vH moderat. Im Gegensatz zum Jahr 1995 hat sich das Anstiegstempo der Konsumentenpreise jedoch nicht mehr zurückgebildet. Dazu trug bei, daß sich der Außenwert der D-Mark in diesem Jahr verringert hat, im zurückliegenden Jahr war er spürbar gestiegen. Zudem nahm die Kapazitätsauslastung wieder zu; Ende 1996 war sie gleichwohl noch deutlich niedriger als im langjährigen Durchschnitt.

Nach unserer Prognose wird sich die Kapazitätsauslastung erst Ende 1997 wieder weitgehend normalisiert haben. Bei gleichzeitig fortgesetzt hohem Wettbewerbsdruck auch durch ausländische Anbieter bleiben die Preiserhöhungsspielräume wohl auch im kommenden Jahr eng begrenzt. Auch von der Kostenseite droht keine ausgeprägte Beschleunigung des Preisanstiegstempos. Die Lohnstückkosten werden 1997 im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant bleiben. Allein von den Rohstoffpreisen wird bei anziehender Konjunktur in den Industrieländern ein leicht verstärkter Kostendruck ausgehen. Insgesamt dürfte sich das Anstiegstempo der Konsumentenpreise im Verlauf von 1997 nur geringfügig beschleunigen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird die

Tabelle 3 – Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1994–1997

	1993	1994	1995	1996 ^a	1997 ^a
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1974,0	4,0	3,8	3,6	3,3
Staatsverbrauch	675,4	2,5	3,9	3,5	1,6
Anlageinvestitionen	750,7	5,8	2,9	-1,0	2,8
Ausrüstungsinvestitionen	262,7	-1,4	1,9	2,5	5,9
Bauinvestitionen	488,0	10,2	3,5	-2,8	1,1
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	27,7	(16,4)	(27,7)	(21,2)	(36,9)
Ausfuhr	817,2	8,7	7,7	4,7	7,8
Einfuhr	788,2	8,1	6,9	2,7	6,8
Außenbeitrag (Mrd. DM)	29,0	(21,6)	(29,0)	(46,4)	(57,6)
Bruttoinlandsprodukt	3457,4	5,1	4,1	2,8	3,6
Bruttosozialprodukt	3444,8	4,7	4,0	2,4	3,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1728,8	1,0	1,8	1,7	1,5
Staatsverbrauch	600,0	1,3	2,0	2,5	0,8
Anlageinvestitionen	677,8	4,2	1,5	-0,8	2,3
Ausrüstungsinvestitionen	256,6	-1,2	2,0	2,2	4,7
Bauinvestitionen	421,2	7,7	1,2	-2,6	0,8
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	31,7	(23,4)	(31,7)	(19,2)	(33,9)
Ausfuhr	788,5	8,0	5,9	4,3	6,7
Einfuhr	803,4	7,6	6,4	1,5	5,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	-14,9	(-11,0)	(-14,9)	(7,1)	(22,1)
Bruttoinlandsprodukt	3023,4	2,9	1,9	1,6	2,5
Bruttosozialprodukt	3012,1	2,4	1,8	1,1	2,2
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1991 = 100					
Privater Verbrauch	114,2	2,9	1,9	1,8	1,8
Ausrüstungsinvestitionen	102,4	-0,2	-0,1	0,3	1,1
Bauinvestitionen	115,8	2,4	2,2	-0,2	0,2
Ausfuhr	103,6	0,6	1,7	0,4	1,0
Einfuhr	98,1	0,5	0,5	1,2	1,8
Bruttoinlandsprodukt	114,4	2,2	2,2	1,2	1,1
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts	Mrd. Std.				
geleistetes Arbeitsvolumen	55,0	-1,2	-1,6	-1,7	-0,5
Produktivität	·	4,1	3,5	3,3	3,0
Einkommensverteilung	Mrd. DM				
Volkseinkommen	2620,0	4,4	4,7	2,4	3,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	744,3	10,0	9,4	5,2	5,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1875,7	2,4	3,0	1,3	2,2
in vH des Volkseinkommens	·	72,8	71,6	70,8	70,1
Lohnkosten je Produkteinheit ^b	·	-0,1	1,3	-0,1	-0,2
Arbeitslose (Mill.)	·	(3,70)	(3,61)	(3,96)	(4,08)
Arbeitslosenquote (vH)	·	9,6	9,4	10,3	10,6
Erwerbstätige ^c (Mill.)	·	(34,98)	(34,87)	(34,52)	(34,48)
Finanzierungssaldo des Staates ^d (Mrd. DM)	·	(-81)	(-117)	(-135)	(-115)
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	·	(-31,9)	(-30,0)	(-30)	(-20)

^a Prognose. – ^b Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen. – ^c Inlandskonzept. – ^d In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich Treuhandanstalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996a), eigene Schätzung.

Tabelle 4 – Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten 1994–1997^a

	1994	1995	1996	1997
Privater Verbrauch	0,6	1,0	1,0	0,8
Staatlicher Verbrauch	0,3	0,4	0,5	0,2
Anlageinvestitionen	0,9	0,3	-0,2	0,5
Ausrüstungen	-0,1	0,2	0,2	0,4
Bauten	1,0	0,2	-0,4	0,1
Vorratsveränderung	1,0	0,3	-0,4	0,5
Ausfuhr	1,8	1,5	1,1	1,8
Einfuhr	-1,9	-1,6	-0,4	-1,3
Außenbeitrag	0,1	-0,1	0,7	0,5
Bruttoinlandsprodukt	2,9	1,9	1,6	2,5
Letzte inl. Verwendung	2,8	2,1	0,9	2,0

^a Lundberg-Komponenten. Veränderung der jeweiligen Verwendungskomponente gegenüber dem Vorjahr in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996a), eigene Prognose.

Tabelle 5 – Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1995–1997^a

	1995				1996				1997			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Privater Verbrauch	1,9	7,5	-2,4	-1,8	5,4	2,7	0,4	1,0	0,5	2,0	3,0	3,0
Staatlicher Verbrauch	-1,1	5,7	3,3	1,9	1,5	4,5	5,5	-7,0	2,5	2,0	1,5	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	4,2	-4,6	-1,2	-0,6	4,6	6,2	2,4	0,5	6,0	6,0	6,0	6,0
Bauinvestitionen	5,1	-5,2	-4,9	-1,7	-35,0	53,9	8,0	-3,0	-7,0	-0,5	0,5	0,5
Ausfuhr	12,4	6,1	-1,7	5,9	3,8	-0,1	14,8	6,0	6,5	6,5	5,0	5,0
Einfuhr	4,5	9,9	-0,1	5,1	4,1	-7,8	1,3	6,0	6,0	6,5	7,5	7,5
Letzte inländische Verwendung	1,1	2,8	-0,8	0,1	-0,0	3,5	1,9	-1,0	2,0	3,0	3,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt	4,1	0,7	-0,7	0,1	0,6	4,6	4,1	0,5	2,0	3,0	3,0	3,0
Arbeitslose ^b	3554	3566	3615	3722	3907	3935	3953	4068	4103	4113	4078	4038
Erwerbstätige im Inland	-0,7	-0,6	-0,6	-1,1	-2,8	0,0	-1,1	-0,7	-0,3	0,0	0,4	0,6

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigt mit Hilfe des Census X-11-Verfahrens. Prognosen auf halbe Prozentpunkte gerundet. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. – ^b In 1000 Personen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996a), eigene Prognose.

Inflationsrate mit 1,6 vH nur unwesentlich höher sein als in diesem Jahr (1,5 vH). In Ostdeutschland wird die Preissteigerungsrate 1997 nicht größer als im Bundesdurchschnitt sein; in diesem Jahr war wegen des Übergangs zum Vergleichsmietensystem die Zunahme der Verbraucherpreise deutlich höher als in Westdeutschland.

Tabelle 6 – Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in West- und in Ostdeutschland 1995–1997

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1995	1996 ^a	1997 ^a	1995	1996 ^a	1997 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^{b,c}	1,6	1,5	2,4	5,3	2,9	3,2
Produktivität ^{b,d}	2,2	2,5	2,6	4,2	4,1	2,9
Produktivitätsniveau, Ostdeutschland in vH von Westdeutschland				45,5	46,2	46,3
Erwerbstätige ^{b,e}	-0,6	-0,9	-0,2	1,1	-1,2	0,3
Arbeitslose (1000 Personen)	2565	2796	2914	1047	1167	1168
Arbeitslosenquote ^f	8,3	9,0	9,4	14,1	15,6	15,6
Verbraucherpreise ^b	1,7	1,4	1,6	2,1	2,4	1,6
Lohnstückkosten ^{b,g}	-1,2	-1,7	-1,5	-0,3	-1,1	-0,7
Lohnstückkostenniveau, Ostdeutschland in vH von Westdeutschland				135,2	136,1	137,2

^a Prognose. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c In Preisen von 1991. – ^d Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen im Inland. – ^e Im Inland. – ^f Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose) in vH. – ^g Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996a).

Werden die finanzpolitischen Referenzwerte des Vertrages von Maastricht erreicht?

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird im Jahr 1997 wohl deutlich abnehmen. Dazu tragen die konjunkturelle Erholung, vor allem aber die Ausgabenkürzungen und die Abgabenerhöhungen sowie hohe Privatisierungserlöse des Bundes und der Bundesländer bei. Der Bund will z. B. die Postbank, Anteile an der Lufthansa AG sowie die Beteiligung an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft veräußern. Es ist zu vermuten, daß angesichts des Risikos, daß der Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt den Referenzwert nach dem Vertrag von Maastricht (60 vH) im Jahr 1997 überschreitet, zusätzlich öffentliches Vermögen veräußert wird. So ist zu erwarten, daß Immobilien aus dem Bestand der Bundesbahn und der Reichsbahn verkauft werden; institutionell würde sich dies in einem rascher als sonst sinkenden Schuldenberg des Bundeseisenbahnvermögens niederschlagen (Ende 1995: 78 Mrd. DM). Das Budgetdefizit in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird im Jahr 1997 wohl 115 Mrd. DM betragen (1996: 135 Mrd. DM).

Auf das Budgetdefizit gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit auf den Maastricht-Referenzwert für das Budgetdefizit (3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wirken sich die öffentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Beteiligungen nicht aus, der Bruttoschuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, das zweite finanzpolitische Maastricht-Kriterium,

wird aber verringert. Die öffentlichen Schulden dürften zum Jahresende 1997 reichlich 2,2 Bill. DM betragen;³ in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies reichlich 60 vH. Das – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemessene – Budgetdefizit Deutschlands für das Jahr 1997 dürfte etwas mehr als 3 vH betragen (1996: 3,7 vH). Die beiden finanzpolitischen Referenzwerte des Vertrages von Maastricht (3 vH bzw. 60 vH) werden damit im Jahr 1997 – wenngleich nur wenig – überschritten.

Aufbau des Kapitalstocks in Ostdeutschland – wenig zusätzliche Arbeitsplätze

Das Statistische Bundesamt (Statistisches Bundesamt 1996 b) hat erstmals Angaben für die Sachkapital- und Vermögensbestände in Ostdeutschland vorgelegt, die allerdings noch vorläufige Schätzungen sind. So gibt es insbesondere bei der Bewertung der Anfangsbestände zum Zeitpunkt der Einheit große methodische Probleme, wodurch zu erklären ist, daß andere Institutionen zu deutlich abweichenden Ergebnissen gekommen sind. Gleichwohl gestatten die Werte des Statistischen Bundesamtes bei allen Vorbehalten die Berechnung einiger Kennzahlen, die wichtige Hinweise auf die Natur des Aufholprozesses in Ostdeutschland geben können.⁴

Zunächst läßt sich feststellen, daß der Kapitalbestand in Relation zur Bevölkerung in Ostdeutschland seit der Vereinigung sowohl absolut als auch im Vergleich zu dem in den alten Bundesländern rasch expandiert hat. Im Jahr 1995 war er gleichwohl nur etwa halb so hoch wie im Westen (Tabelle 7). Die Ausstattung mit Wohnraum war vergleichsweise sogar noch deutlich niedriger. Relativ weit fortgeschritten ist dagegen der Aufholprozeß bei den Nicht-Wohnbauten. Geht man davon aus, daß es zur Erreichung eines in etwa gleichen Einkommensniveaus in beiden Regionen eines ungefähr gleich hohen Kapitalbestandes je Einwohner bedarf, wird deutlich, daß die Investitionen pro Kopf in den neuen Bundesländern noch eine geraume Zeit merklich höher sein müssen als im alten Bundesgebiet, um dieses Ziel zu erreichen.

³ Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen die nationalen Werte für den Budgetsaldo des Staates und den Schuldenstand (jeweils in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zweimal je Jahr der Europäischen Kommission melden. Methodische Grundlage für die Berechnung der Werte ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Zu den Schulden (des Bundes) zählt – anders als in der Schuldenstatistik – der Münzumsatz einschließlich der inländischen Münzen im Bestand der Bundesbank. Die unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze werden mit dem Nominalwert und nicht – wie in der Schuldenstatistik – mit dem abgezinsten Betrag erfaßt. Die Schulden gemäß der „Maastricht“-Definition sind vor allem aufgrund dieser beiden Unterschiede rund 12 Mrd. DM höher als die Schulden in der Abgrenzung der deutschen Schuldenstatistik.

⁴ Die Tabelle weist – über die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen hinaus – für den Bestand an Ausrüstungen und den gesamten Kapitalstock auch eigene Schätzungen für den jahresdurchschnittlichen Bestand des Jahres 1995 aus.

Tabelle 7 – Kennzahlen zur Entwicklung des Kapitalstocks in West- und in Ostdeutschland 1991–1995

		Westdeutschland	Ostdeutschland	Ost in vH West
DM in Preisen von 1991				
Kapitalstock ^a je Kopf	1991	199 400	77 600	39
	1992	202 600	83 600	41
	1993	205 560	89 600	44
	1994	209 000	96 600	46
	1995 ^e	212 600	104 400	49
Ausstattungskapital- stock je Kopf	1991	38 700	10 900	28
	1992	39 800	13 000	33
	1993	40 500	15 300	38
	1994	40 900	17 700	43
	1995 ^e	41 200	20 100	49
Wohnungskapital- stock je Kopf	1991	79 600	25 700	32
	1992	80 500	27 100	34
	1993	81 700	28 300	35
	1994	83 300	29 900	36
	1995	85 000	32 000	38
Bestand an Nicht- Wohnbauten je Kopf	1991	81 200	41 100	51
	1992	82 200	43 500	53
	1993	83 300	46 000	55
	1994	84 700	49 000	58
	1995	86 100	52 300	61
Durchschnittliche (in Klammern: marginale) Kapitalintensität ^b	1991	263 100	112 900	43
	1992	268 800	139 200 (-0,1)	52
	1993	279 800	154 400 (-0,4)	55
	1994	288 700	164 400 (0,7)	57
	1995 ^e	295 600	175 700 (1,2)	59
dimensionslos				
Durchschnittliche (in Klammern: marginale) Kapitalintensität ^b	1991	0,345	0,249	72
	1992	0,340	0,250 (0,3)	73
	1993	0,325	0,252 (0,3)	77
	1994	0,326	0,256 (0,3)	78
	1995 ^e	0,326	0,249 (0,2)	77
vH				
Sachkapitalrendite ^d	1991	6,2	-2,2	(-)
	1992	5,7	-1,3	(-)
	1993	5,0	0,3	(-)
	1994	5,4	0,8	(-)
	1995 ^e	5,7	1,2	(-)

^a Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1991 je Einwohner. – ^b Kapitalstock je Erwerbstätigen. – ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 zu Kapitalstock ohne Wohnbauten. – ^d Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich eines kalkulatorischen Unternehmerlohns (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten multipliziert mit der Anzahl der Selbständigen usw.) in Relation zum Netto-sachanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen. 1995: Eigene Schätzung. – ^e Aufteilung des Ausstattungskapitalstocks auf West- und Ostdeutschland: Eigene Schätzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1996b), eigene Berechnungen.

Die Kapitalproduktivität – das reale Bruttoinlandsprodukt in Relation zum Kapitalstock ohne Wohnbauten in Preisen von 1991 – gibt an, welche Menge an Gütern und Diensten mit einer Einheit Kapital erzeugt worden ist. Die durchschnittliche Kapitalproduktivität im Osten ist 1995 spürbar niedriger gewesen als im Westen. Hierin kommt wohl auch zum Ausdruck, daß noch nicht alle Altanlagen aus dem Bestand ausgeschieden sind; ihre vergleichsweise geringe Produktivität mindert noch die durchschnittliche Leistung. Doch war die marginale Kapitalproduktivität⁵ – die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in Relation zur Veränderung des Kapitalstocks – in Ostdeutschland unmittelbar nach der Vereinigung merklich höher als im Westen. Diese Kennzahl gibt den Produktionseffekt des jeweils neuentstandenen Teils des Kapitalstocks an. In der zunächst hohen marginalen Kapitalproduktivität in Ostdeutschland kommt zum Ausdruck, daß kurz nach der Wende mit vergleichsweise geringen Investitionen Produktionssteigerungen möglich wurden. So konnten mit geringem Aufwand Produktionsengpässe beseitigt werden, aber auch bestehende Anlagen wurden effizienter genutzt. Doch blieb die marginale Kapitalproduktivität weit niedriger als in Westdeutschland in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Dort ging die Kennzahl jedoch bereits im Verlauf der fünfziger Jahre spürbar zurück (Siebert 1992: 77). Für 1995 deutet sich für Ostdeutschland sogar eine niedrigere marginale Kapitalproduktivität als in Westdeutschland an. Für eine weitere Steigerung der Produktion sind also zumindest ebenso hohe zusätzliche Nettoinvestitionen notwendig wie in Westdeutschland.

Die durchschnittliche Kapitalintensität zeigt, wieviel Kapital je Arbeitsplatz aufgewendet wird. Der spürbar niedrigere Wert für die neuen Bundesländer drückt zum einen aus, daß die ostdeutsche Industrie traditionell wenig kapitalintensiv produzierte. In den Jahren nach der Einheit wurde zunächst bevorzugt in den bestehenden Kapitalstock investiert; die Kapitalintensität änderte sich zunächst nur wenig (DIW et al. 1996: 74). Zuletzt nahm die marginale Kapitalintensität jedoch deutlich zu; d. h., das Wachstum des Kapitalstocks ist zunehmend weniger „beschäftigungswirksam“. Dies weist darauf hin, daß die Produktionsfaktoren vermehrt substitutional sind. Zwar sind die Faktoreinsatzverhältnisse nach Installation einer Produktionsanlage zumeist nicht mehr nachträglich veränderbar, doch reagieren die Unternehmen auf eine drastische relative Verteuerung des Faktors Arbeit, indem sie bei der Erstellung neuer Produktionsanlagen kapitalintensive und arbeitssparende Produktionsverfahren wählen. Da zudem in der ostdeutschen Wirtschaft, die sich in einem Transformationsprozeß befindet, viele Unternehmen neu entstehen bzw. aus dem Markt ausscheiden, ist die kurzfristige Faktorsubstitution wohl ausgeprägter als im Westen.

⁵ Die Veränderung von Bruttoinlandsprodukt und Kapitalstock unterliegen freilich starken konjunkturellen Einflüssen. So nutzt der Sachverständigenrat gerade die Schwankungen der Kapitalproduktivität um einen Trend zur Bestimmung von Konjunkturschwankungen. Daher werden die marginalen Größen nur für Ostdeutschland ausgewiesen, wo konjunkturelle Veränderungen noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Die rasch steigenden Löhne haben aber nicht nur zu einem wenig beschäftigungsintensiven Wachstumsprozeß geführt, sondern auch den Aufbau des Kapitalstocks selbst behindert. Dies zeigt sich, wenn eine – approximative – Sachkapitalrendite getrennt für die alten und neuen Bundesländer betrachtet wird (Tabelle 7). Zwar ist die Rendite für Ostdeutschland eine Durchschnittsgröße, in die auch viele Unternehmen eingehen, die systematisch Verluste machen. Neugegründete Betriebe werden mutmaßlich eine mit Westdeutschland vergleichbare Rendite erwirtschaften. Doch ist angesichts des sehr niedrigen Wertes der durchschnittlichen ostdeutschen Sachkapitalrendite zu erwarten, daß ein nur geringer Teil der ostdeutschen Unternehmen in die letztere Kategorie fällt. Diese Vermutung wird auch durch Befragungen gestützt (DIHT 1996). Die umfangreiche Förderung der ostdeutschen Investitionen hat somit nur in geringem Umfang rentable private Investitionen ausgelöst (DIW et al. 1996). Die verglichen mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg niedrige marginale Kapitalproduktivität deutet zudem darauf hin, daß Kapital ineffizient eingesetzt wurde. Angesichts der hohen Subventionierung des Kapitaleinsatzes ist dies nicht unplausibel.

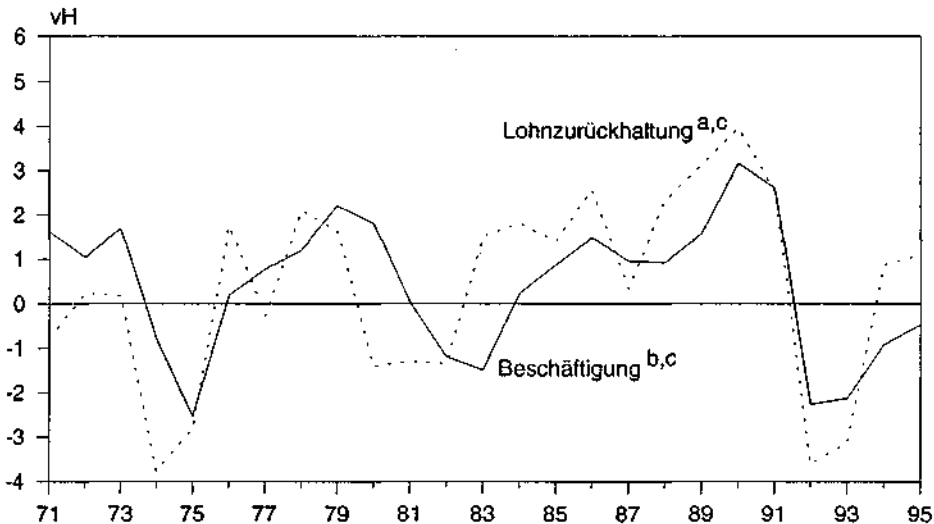
Nur wenig Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Jahres 1996 verschlechtert; die Zahl der Erwerbstätigen war in der Grundtendenz weiter rückläufig. Obwohl das Angebot an Arbeitskräften leicht sank – insbesondere in Ostdeutschland zogen sich Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt zurück –, erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen weiter; im vierten Quartal waren (saisonbereinigt) etwas mehr als vier Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im selben Zeitraum um reichlich 300 000 unter dem Stand im Vorjahr. Lediglich im zweiten Quartal war es vorübergehend zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl gekommen; dieser war jedoch nur eine Reaktion auf die witterungsbedingten Entlassungen im vergangenen Winter. Daß die Beschäftigung noch nicht auf die konjunkturelle Belebung reagiert hat, liegt unter anderem daran, daß viele Unternehmen noch über Personalreserven verfügen. Daher wird die gestiegene Kapazitätsauslastung erst mit einiger zeitlicher Verzögerung zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation führen. Dies war in vorangegangenen Zyklen ebenso.

So wird auch in der ersten Jahreshälfte 1997 die Zahl der Beschäftigten noch sinken. Die Anzahl der Arbeitssuchenden wird um rund 45 000 Personen zunehmen, davon werden die Arbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland zu etwa gleichen Teilen betroffen sein. Erst im späteren Verlauf des kommenden Jahres wird sich die Zahl der Beschäftigten leicht erhöhen und die der Arbeitslosen zurückgehen; am Ende des kommenden Jahres wird die Zahl der Arbeitslosen um 30 000 unter dem Vergleichswert in diesem Jahr liegen. Maßgeblich für die erwartete Besserung der Arbeitsmarktlage sind neben der allgemeinen Konjunkturbelebung die moderaten Lohnanhebungen.

In der Zeit von 1983 bis 1991 sind in Westdeutschland rund 3 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. In den kommenden Jahren ist eine ähnlich dynamische

Schaubild 4 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigungszuwachs in Deutschland
1971–1995



^a Lohnzurückhaltung: Zuwachsrate des nominalen Volkseinkommens abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. - ^b Beschäftigung: Veränderung der beschäftigten Arbeitnehmer im Inland in vH. - ^c Ab 1992 Gesamtdeutschland, davor früheres Bundesgebiet.



Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt möglich. Voraussetzung dafür ist freilich eine Tarifpolitik, die zuläßt, daß der Lohnzuwachs je Beschäftigten über eine Reihe von Jahren ähnlich deutlich hinter der Zunahme des Volkseinkommens zurückbleibt wie damals, als der Abstand rund 2 Prozentpunkte betrug (Schaubild 4). Lohnzurückhaltung verbessert nicht nur die Beschäftigungschancen für die Arbeitnehmer, die zusätzlich einen Arbeitsplatz finden. Der mit der Lohnzurückhaltung verbundene positive Beschäftigungseffekt der Nominallohnzurückhaltung erlaubt eine Verringerung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und erhöht so auch die Nettolöhne der Arbeitnehmer, die eine sichere Beschäftigung haben. Über die mit der Lohnzurückhaltung verbundene Stimulierung der Investitionstätigkeit erhöht sich zudem ihre Arbeitsproduktivität rascher als zuvor, und es entsteht Raum für Realloohnerhöhungen. Lohnzurückhaltung verbessert somit auf die mittlere Frist sowohl die Einkommenschancen der Arbeitslosen als auch der Beschäftigten.

Summary

Faster Growth of Domestic Demand Will Support the Upswing in 1997

After a cyclical weakening in 1995, economic activity has increased markedly in the course of 1996. In the second half of the year, output growth has lost some momentum, capacity utilization nevertheless continued to increase. The recovery was mainly export-driven; the improvement of external demand was due to a cyclical upturn in main trading partner countries and a devaluation of the D-Mark. At the end of the year overall capacity utilization is still below its trend. With an annual increase of 1.5 percent inflation remained moderate.

Upswing Does Not Solve the Unemployment Problem

Despite the increase in output, the number of unemployed kept rising in 1996. However, this does not mean that the labor market is not responding to the business cycle. If deviations of actual values of output and unemployment from their trend are compared, there is still a close connection between both variables. The fact that unemployment continued to increase throughout 1996 reflects that the labor market is reacting with a time-lag. Another explanation is that the trend of unemployment rate in western Germany has continued to rise to about 8.5 percent in 1996 (1980: 5 percent). So even if the capacity utilization gets back to its normal value, unemployment will remain high.

A stimulation of overall demand and a higher capacity utilization will, therefore, not suffice to reduce unemployment significantly. Instead it is necessary to increase the growth rate of the production potential by increasing the profitability of investment. However, as the development in eastern Germany shows, it is not sufficient to expand the capital stock; in addition, labor costs have to be moderate in order to stimulate employment.

Underlying Conditions Remain Favorable

In 1997, the economic recovery in the industrial countries is likely to strengthen. Industrial production abroad will expand strongly. The real effective exchange-rate of the D-Mark is expected to further decline somewhat. Export growth is therefore likely to accelerate.

In the course of 1996, the Bundesbank has reduced its key interest rates; subsequently money market rates decreased by about 1 percentage point to about 3 percent. Although long-term interest rates declined to a somewhat smaller degree, they also reached a very low level (about 5 percent) in December 1996. As monetary aggregates continue to expand rapidly and as the upswing strengthens, the Bundesbank is not likely to further reduce its interest rates. On the other hand, we expect interest rates to be raised not before the end of 1997, when capacity utilization will be back to its normal level. All in all monetary policy will have a stimulating impact on domestic demand in 1997.

Recent wage agreements in the metal industry signal that wage increases in 1997 will be lower than in 1996. In western Germany workers will be only

compensated for the increase in inflation. There is a good chance that the other sectors will follow the metal industry and will now fix moderate wage increases also for 1998. This would give the companies the impression that wage restraint is not only a short-term phenomenon. However, at the beginning of 1997 there will be a marked increase in social security contributions which will raise labor costs. All in all, with production picking up further, unit labor costs will remain constant.

In order to consolidate public budgets, especially the expenditures of the social security system will be reduced in 1997; nevertheless, overall public expenditures will be roughly 2 percent higher than this year. On the revenue side the net tax burden will be reduced somewhat, as the property-tax will be abolished. On the other hand, social security contributions will be increased substantially. As a consequence the structural deficit of the public sector – this is the part of the deficit that exists under normal capacity utilization – will be reduced by about DM 20 billion next year. This is 0.6 percent in relation to GDP. The dampening impact on overall demand is likely to be in the order of 0.3 percent.

Outlook: Upswing Continues

An expansionary monetary policy, moderate wage increases and the continuing strong demand from abroad will clearly outweigh the slightly dampening effects from fiscal policy. Thus, the cyclical upswing will continue in 1997. However, the pace of the upswing will be moderate. Capacity utilization will be back to its normal level at the end of next year only. Domestic demand will grow faster than in 1996, fuelled by an acceleration of investment in machinery and equipment. All in all, real GDP will increase by 1.6 percent this year and by 2.5 percent next year.

In eastern Germany, the growth rate of real GDP will be only slightly higher than in western Germany this year as well as next year. Thus, the catching-up process will almost come to a halt. This is due to the decline of production in the construction sector which has a significantly higher share in total output than in the western part of Germany. Moreover, the competitiveness of companies in the manufacturing sector is still weak.

The situation in the labor market will slightly improve in the later course of next year only. However, for the year as a whole, the number of unemployed will still be somewhat higher than this year. Consumer price inflation will continue to be low.

Literaturverzeichnis

- Bartholmai, B. (1996). Bauwirtschaft 1996/1997: Deutlicher Produktionsrückgang – wenig Aussicht auf Nachfragebelebung. *DIW-Wochenberichte* 46.
- Boss, A. (1996). Fiskalpolitik und Konjunktur. Kieler Arbeitspapiere 772. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

- Boss, A., J. Döpke, M. Fischer, E. Langfeldt und K.-W. Schatz (1996). Bundesrepublik Deutschland: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – konjunkturelle Erholung setzt sich fort. *Die Weltwirtschaft*: 270–299.
- Deutsche Bundesbank (1996 a). *Monatsberichte*.
- (1996 b). Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1995. *Monatsberichte* 48 (11): 33–57.
- DIHT (Deutscher Industrie und Handelstag) (1996). *Wirtschaftslage und Erwartungen – Herbst 1996*. Bonn.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1996). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Fünfzehnter Bericht. Halle, im Dezember.
- Fischer, M. (1996). Die Preisbildung im westdeutschen Außenhandel – Eine empirische Analyse. Kieler Arbeitspapiere 782. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gern, K.-J., K.-W. Schatz, J. Scheide und R. Solveen (1996). Industrieländer: Fortgesetzter Aufschwung bei niedriger Inflation. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Lapp, S., K.-W. Schatz, J. Scheide und R. Solveen (1996). Vor einer Besserung der Konjunktur in den Industrieländern. *Die Weltwirtschaft*: 1–28.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1996). *Reformen voranbringen. Jahresgutachten 1996/97*. Wiesbaden.
- Siebert, H. (1992). *Das Wagnis der Einheit*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1996 a). *Wirtschaft und Statistik*. Wiesbaden.
- (1996 b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3. Hauptbericht*. Stuttgart.